

## Offene Fragen der Geschichte Band 3

### Chronik von 1800 bis 1899

Napoleons Gewaltherrschaft,  
Wiener Kongreß,  
Kapitalismus,  
Kommunismus,  
Darwinismus,  
Nationalismus,  
Preußisch-Österreichischer Krieg von 1866,  
Deutsch-Französischer Krieg von 1870/71,  
Gründung des Deutschen Reiches,  
Imperialismus ...

### Band 3/021

### Chronik von 1873 bis 1876

#### 1873

**Deutsches Reich:** Der preußische Staat kontrolliert ab 1873 die Priesterausbildung und kirchliche Anstellungen.

Am 10. März 1873 begründet Bismarck den preußischen Kulturkampf (x056/267, x239/152):  
>>Die Frage, in der wir uns befinden, wird meines Erachtens gefälscht, ... wenn man sie als eine konfessionelle, kirchliche betrachtet. Es ist wesentlich eine politische; es handelt sich nicht um den Kampf, wie unseren katholischen Mitbürgern eingeredet wird, einer evangelischen Dynastie gegen die katholische Kirche, ... nicht um den Kampf zwischen Glauben und Unglauben, ... sondern um den uralten Machtstreit ... zwischen Königtum und Priestertum ...<<

>>... Das Papsttum ist eine politische Macht jederzeit gewesen. ...

Das Programm ist bekannt. ... Das Programm ... ist die Unterwerfung der weltlichen Macht unter die geistliche. ...

Der Kampf des Priestertums mit dem Königtum, der Kampf in diesem Falle des Papstes mit dem deutschen Kaiser, ... ist zu beurteilen, wie jeder andere Kampf: er hat seine Bündnisse, er hat seine Friedensschlüsse, er hat seine Haltepunkte, er hat seine Waffenstillstände. ...

Also dieser Machtstreit unterliegt denselben Bedingungen wie jeder andere politische Kampf, und es ist eine Verschiebung der Frage, ... wenn man sie darstellt, als ob es sich um Bedrückung der Kirche handelte.

Es handelt sich um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft und wie weit die Königsherrschaft gehen soll, und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann. Denn in dem Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über Bismarcks "Kulturkampf" (x057/166): >>Schon gleich nach der Reichsgründung war die Zentrumsparterie in offenen Gegensatz zu Bismarck getreten. Als eine Anzahl geistlicher Lehrer an Schulen und Universitäten sich dem Unfehlbarkeitsdogma des Papstes, das vom Vatikanischen Konzil in Rom verkündet war (1869/70), nicht unterwerfen wollte ("Altkatholiken"), forderte die katholische Kirche deren Absetzung durch den Staat. Die Regierungen der Bundesstaaten weigerten sich,

und der alte Streit zwischen Staat und Kirche war wieder ausgebrochen ("Kulturkampf").

In Preußen ergingen die "Maigesetze" (1873), wonach dem Staat ein wesentlicher Einfluß auf die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen eingeräumt worden war. Ferner wurden die Jesuiten und Mitglieder verwandter Orden ausgewiesen, die staatliche Aufsicht über die Volksschulen eingerichtet und die standesamtliche Zivilehe an Stelle der kirchlichen eingeführt.

Zahlreiche Bischöfe und Pfarrer, die sich nicht fügten, wurden mit Gefängnis bestraft. Die Gegensätze verschärften sich immer mehr, so daß Bismarck sich zur Aussöhnung und Rücknahme der Maigesetze bereit finden mußte, als Leo XIII. den päpstlichen Thron bestieg (1878). Nur die Ausweisung der Jesuiten, die staatliche Schulaufsicht und die Zivilehe blieben bestehen.<<

Während des preußischen "Kulturkampfes" bekämpft die Regierung die katholische Kirche auch in den "neuen Provinzen" und versucht die polnische Bevölkerung mit allen Mitteln zu germanisieren. In den polnischen Schulen wird ab 1873 die polnische Unterrichtssprache verboten und seit 1876 gilt nur noch die deutsche Amtssprache.

Im Oktober 1873 ereignet sich an der Berliner Börse ein Kurssturz, da zahlreiche Aktiengesellschaften in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Hauptursachen für die Börsenkrise sind jedoch vor allem Firmenzusammenbrüche in Ungarn, Österreich und in den USA aufgrund von Spekulationsgeschäften (x092/603).

Der deutsche Historiker Herbert Obenaus berichtet später über die Folgen dieser Finanzkrise für die jüdische Bevölkerung (x051/29): >>Antisemitismus ... Grundlage des Antisemitismus bildete die Minoritätensituation, in der die Juden in vielen europäischen Nationalgesellschaften lebten.

Die Minorität der Juden wurde, wie grundsätzlich auch andere Minoritäten, zum Objekt der Aggression für die Majorität. Die Juden übernahmen die Rolle des Sündenbocks, dem man die Schuld oder doch wenigstens die Mitschuld am nationalen Unglück zuschrieb.

Als der historische Augenblick für die Entstehung des modernen Antisemitismus in Deutschland ist die ökonomische und soziale Krise von 1873 anzusehen, die "Gründerkrise", die Teil einer Weltwirtschaftskrise war und eine Phase der Depression einleitete. Ein tiefer Pessimismus griff um sich und äußerte sich als Kritik am "Geist des Kapitalismus".

Negativ wirkte sich nun auch die Schwäche des politischen Liberalismus in Deutschland aus, dem es bisher nicht gelungen war, die Gesellschaft tiefgreifend zu prägen. Die Krise wurde von den antiliberalen Kräften als Chance für eine Gegenbewegung begriffen, in der die Gesellschafts- und Kulturpolitik eine zentrale Stellung einnahm.

Seit Mitte der 1870er Jahre entwickelte sich eine antisemitische Publizistik, an der sich die ursprünglich liberale "Gartenlaube", die konservative "Kreuzzeitung" sowie katholische Blätter beteiligten. Ein erster Höhepunkt lag in der rassistischen Publizistik von Marr und den Massenversammlungen des Hofpredigers Stoecker während des Jahres 1879, als der Begriff Antisemitismus gebräuchlich wurde. Im November 1880 kam es aufgrund einer "Antisemiten-Petition" zu einer Debatte im preußischen Abgeordnetenhaus, in der sich Fraktionsmitglieder der Konservativen und des Zentrums gegen die Juden äußerten.

In der ökonomischen Krise von 1873, die eine kapitalistische Systemkrise darstellte, wäre theoretisch auch eine Ableitung gesellschaftlicher Aggressionen auf die sozialistische Arbeiterbewegung denkbar gewesen.

Daß dann vorrangig die Juden angegriffen wurden, läßt sich aus den besonderen Bedingungen der jüdischen Existenz in Deutschland erklären. Die Juden bildeten im 18. Jahrhundert neben Bürgertum, Klerus und Adel eine Randgruppe der ständischen Gesellschaft. Der Prozeß der Überwindung der ständischen Gesellschaft verlief bei den Juden parallel zu dem des Bürgertums, war aber in Deutschland mit großen Schwierigkeiten, Rückschlägen und ständigen

Kompromissen verbunden.

So wie sich das Bürgertum in Deutschland während des 19. Jahrhunderts immer wieder mit Teilmodernisierungen zufriedengeben mußte, ohne das es seinen Herrschaftsanspruch voll durchsetzen konnte, so war auch das Judentum auf Zwischenschritte im Prozeß der Emanzipation angewiesen.

Die Judenfrage blieb über mehrere Generationen ein Thema der öffentlichen Auseinandersetzung; immer neue Diskussionen führten dazu, daß die antijüdischen Stereotypen, deren Wurzeln bis ins Mittelalter zurückreichten, stets neu belebt wurden.

So kann es nicht überraschen, daß wenige Jahre nach dem Abschluß der Emanzipation durch die Reichsgesetzgebung von 1871 die Judenfrage im Sinne des Antisemitismus neu aufgeworfen werden konnte.

Hinzu kam, daß die Juden als soziale Gruppe spezifische Merkmale aufwiesen, die ihre Verbindung mit der ökonomischen Krise nahelegten: Sie waren überdurchschnittlich in Banken, Handel und Presse tätig, sie profitierten von den Aufstiegsmöglichkeiten des kapitalistischen Systems und waren vielfach "Wortführer der Traditionskritik und einer säkularisierten Kultur und Gesellschaft" (Rürup).

Wenn allerdings der Antisemitismus an den Judenhaß des Mittelalters und der frühen Neuzeit anknüpfte, so bestanden doch große Unterschiede.

Der Antisemitismus war eine Bewegung, der sich nicht wie der Judenhaß des Mittelalters gegen die Religion der Juden richtete, sondern sich an der Situation nach dem Abschluß der Emanzipation entzündete. ...<<

**Italien:** Papst Pius IX. kritisiert am 7. August 1873 in einem Brief an Kaiser Wilhelm I. die preußischen Kulturkampfgesetze gegen die katholische Kirche (x092/602): >>Majestät!

Sämtliche Maßregeln, welche seit einiger Zeit von Eurer Majestät Regierung ergriffen worden sind, zielen mehr und mehr auf die Vernichtung des Katholizismus ab.

Wenn ich mit mir selber darüber zu Rate gehe, welche Ursachen diese sehr harten Maßnahmen veranlaßt haben mögen, so bekenne ich, daß ich keine Gründe auffinden kann.

Andererseits wird mir mitgeteilt, daß Eure Majestät das Verfahren Eurer Regierung nicht billigen. ...

Ich rede mit Freimut, denn mein Panier (Wahlspruch) ist Wahrheit, und ich rede, um eine meiner Pflichten zu erfüllen, welche darin besteht, allen die Wahrheit zu sagen, auch denen, die nicht Katholiken sind. ...<<

**Spanien:** Die Republikaner zwingen den spanischen König Amadeus I. von Savoyen im Jahre 1873 zur Abdankung. Die Cortes (spanische Volksvertretung) ruft danach die Erste Republik Spaniens aus. Nach Errichtung der Republik erhält das wirtschaftlich dominierende Katalonien ein Autonomiestatut, um die seit dem 19. Jahrhundert in Katalonien entstandenen Unabhängigkeitsbewegungen zu befrieden.

Die Republikaner können jedoch weder eine starke Regierung noch geordnete Verhältnisse in Spanien schaffen, denn die 1. Republik wird durch den 3. Karlistenkrieg, die kubanischen Aufstände und die Unruhen in den Provinzen im Süden und Südosten des Landes entscheidend geschwächt.

**Schweiz:** Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte der "Schweiz" von 1873-1884 (x814/763-764): >>... Der Bischof Lachat von Basel verkündete trotz des Verbots der Diözesankonferenz das Unfehlbarkeitsdogma, entsetzte und exkommunizierte die das Dogma nicht anerkennenden Pfarrer ... und wies die Aufforderung, diese Entsetzungen zurückzunehmen, schroff ab.

Deshalb sprachen die Kantone (außer Zug und Luzern) am 29. Januar 1873 die Amtserledigung des Bistums aus und schritten, da das Domkapitel sich weigerte, einen Bistumsverweser zu ernennen, am 21. Dezember 1874 zur Aufhebung des Bistums und zur Liquidation seines

Vermögens; Lachat verlegte seinen Sitz von Solothurn nach Luzern.

Als 97 Geistliche des bernischen Jura gegen das Verfahren der Diözesankonferenz protestierten und Lachat als ihren rechtmäßigen Bischof erklärten, wurden sie abgesetzt und, nachdem Unruhen in einzelnen Gemeinden durch militärische Besetzung unterdrückt worden, ausgewiesen (Januar 1874).

Diese letztere Maßregel mußte allerdings auf Anordnung des Bundes 1875 als verfassungswidrig zurückgenommen werden. Doch billigte das Berner Volk mit 70.000 gegen 17.000 Stimmen das Kirchengesetz, durch welches der Kanton Bern seine Staatshoheit in Kirchensachen wahrte.

Ein anderer Konflikt brach in Genf aus, wo der Stadtpfarrer ... sich ohne Genehmigung der Regierung die bischöflichen Gewalten über die dortigen Katholiken hatte übertragen lassen und trotz Protest des Staatsrates ausübte. Deswegen am 20. September 1872 abgesetzt, wurde er von der römischen Kurie am 16. Januar 1873 zum apostolischen Vikar des Kantons Genf ernannt, aber vom Bundesrat ausgewiesen.

Weil der Papst am 21. November in einer Enzyklika das Vorgehen der Schweizer Behörden als "schmachvoll" bezeichnete, brach der Bundesrat alle Beziehungen mit der Kurie ab und stellte dem in Luzern residierenden Nuntius seine Pässe zu.

In Genf wurden die kirchlichen Verhältnisse durch Staatsgesetze neu geregelt, den Gemeinden das Recht der Pfarrerwahl übertragen und alle Korporationen aufgehoben (1875). Da die römischen Katholiken sich weigerten, den neuen Kirchengesetzen zu gehorchen, verloren sie die landeskirchlichen Privilegien, welche nun auf die christ- (alt-) katholischen Gemeinden übergingen ...

Der kirchliche Streit verlor seine Schärfe, und 1878 unterwarfen sich die römischen Katholiken in Bern und Solothurn den Kirchengesetzen. Die römische Kurie verzichtete auf ihren Plan, in Genf ein Bistum zu errichten, und ernannte Mermillod 1883 zum Bischof von Lausanne; durch seine Versicherung, daß er den Staatsgesetzen loyal gehorchen werde, erwirkte Mermillod seine Anerkennung durch den Bund, während der Kanton Genf ihm dieselbe verweigerte.

1884 wurde dann auch im Einvernehmen mit dem Papste die Wiederherstellung des Bistums Basel beschlossen, ... Lachat leistete auf das Bistum Verzicht, und der Propst des Domkapitels zu Solothurn, Fiala, wurde zum Bischof ernannt.<<

**Belgien:** Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Belgiens von 1873-1884 (x802/658-659): >>(Belgien) ... Der lange zurückgedrängte Klerus machte sich nun die Herrschaft der ultramontanen Partei zu nutze, um in Belgien das Ideal eines ultramontanen Staates zu verwirklichen.

Er beherrschte das ganze Volksschulwesen, hatte seine besonderen von Jesuiten geleiteten Gymnasien und eine eigene Universität, welche Anstalten weit stärker besucht waren als die vom Staat geleiteten. Die Zahl der Klöster war binnen 20 Jahren von 779 mit 11.968 Mönchen und Nonnen auf 1.700 mit 22.600 Mönchen und Nonnen gestiegen, und in diesen Klöstern wurde die ganze weibliche Jugend aller Stände erzogen. Die Gemeinderats- und Kammerwahlen waren größtenteils von dem Klerus abhängig. Die Gesetze wurden von den Klerikalen nur so weit respektiert, als sie ihren Grundsätzen entsprachen.

So wurden 1873 von den Kirchhöfen, die in Belgien Gemeindeeigentum ohne konfessionellen Charakter sind, wiederholt solche Tote, welche im Leben sich der Kirche nicht gefügt hatten, ausgeschlossen oder nur unter beleidigenden Formalitäten zugelassen und eine Beschwerde darüber von der Kammer zurückgewiesen. Die Ursache dieser Mißstände lag in dem in die Verfassung aufgenommenen sehr bedenklichen Grundsatz von der Selbständigkeit der Kirche, von der Trennung der Kirche vom Staat, einem Grundsatz, welcher jahrzehntelang als staatsmännische Weisheit und als ein besonderer Vorzug Belgiens galt.

So war es nicht zu verwundern, wenn nach Erlaß des deutschen Jesuitengesetzes und der preußischen Maigesetze die belgische Presse eine sehr heftige Sprache gegen Deutschland führte, obgleich Belgien die Wahrung seiner Unabhängigkeit gegenüber den französischen Eroberungsplänen nur der Haltung Deutschlands zu danken hatte.

Daß auch die ... Presse und die Bischöfe in ihren Hirtenbriefen dieses Beispiel nachahmten, ja Adressen an die preußischen Bischöfe erlassen wurden, welche diese zur weiteren Auflehnung gegen die Staatsgesetze aufforderten, veranlaßte den deutschen Reichskanzler 1874 und 1875 zu diplomatischen Schritten beim belgischen Ministerium, welche zur Folge hatten, daß die Sprache mäßiger wurde.

Die Mißstimmung im Land gegen die Herrschaft der klerikalen Partei wuchs inzwischen und verhalf den Liberalen bei den Gemeindewahlen vom 26. Oktober 1875 zu mehreren Siegen. Auch vollzog sich allmählich eine Annäherung zwischen den flämischen und den wallonischen Liberalen, welche die schroff ablehnende Haltung der alten Doktrinäre gegen die flämische Sprache aufgaben.

Aber die Hoffnung, daß schon am 13. Juni 1876 bei der Neuwahl der Hälfte der Kammern die klerikale Majorität gestürzt werden könne, erfüllte sich noch nicht.

Durch rücksichtslosen Terrorismus und offenbare Wahlkorruption errang der Klerus namentlich in Antwerpen wiederum den Sieg. Bara beantragte im Namen der Liberalen nach Eröffnung der Kammern am 14. November die Beanstandung der Wahlen in Antwerpen, Brügge und Ypern, indem er die von der Geistlichkeit ausgeübte Wahlkorruption enthüllte. Aber die Wahlen wurden am 23. November sämtlich von der klerikalen Majorität genehmigt, und Malou versprach nur fürs nächste Jahr die Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Wahlkorruption.

Dieses Gesetz, welches übrigens auch die Zahl der städtischen Deputierten vermehrte, wurde am 7. Juli 1877 mit 73 gegen 22 Stimmen von der Zweiten Kammer angenommen, nachdem Malou einen Paragraphen, welcher die Beeinflussung der Wahlen im Beichtstuhl für erlaubt erklärte, zurückgezogen hatte.

Diese Nachgiebigkeit gegen die Liberalen erbitterte die Geistlichkeit aufs höchste. Die eigentlichen Ultramontanen waren überhaupt mit der Regierung, so willfährig sie sich auch gezeigt hatte, in keiner Weise zufrieden.

Während sie früher die belgische Verfassung mit dem Grundsatz der Freiheit der Kirche als Muster hingestellt, Presse- und Vereinsfreiheit gepriesen hatten, erklärten sie nun, da die Kirche ihre Freiheit zu einer ungeheuren Machtentfaltung benutzt hatte und der Papst in Belgien mächtiger war als in Rom selbst, da sie mithin hoffen konnten, Belgien zu einem zweiten Kirchenstaat umzugestalten, diese vielgerühmte Verfassung für gottlos und mit den Rechten der Kirche unvereinbar und forderten, daß die politischen und sozialen Verhältnisse nach den Vorschriften des Syllabus geordnet werden müßten.

Diese Ausschreitungen schwächten jedoch die Klerikalen als politische Partei und stachelten die Liberalen zur Einheit und zur äußersten Kraftanstrengung bei den Ergänzungswahlen an, welche am 11. Juli 1878 stattfanden. Und wirklich errangen die Liberalen einen über alle Erwartung glänzenden Sieg, indem ihnen namentlich Antwerpen zufiel, so daß sie im Senat eine Majorität von sechs, in der Zweiten Kammer eine von elf Stimmen erhielten. ...

Die Kammern wurden im Juli zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen und genehmigten vor allem die Errichtung eines Unterrichtsministeriums, um ein neues Unterrichtsgesetz auszuarbeiten, das die Herrschaft des Klerus über die Schule einzuschränken bestimmt war. Das neue Gesetz wurde den Kammern 1879 vorgelegt; es ging im wesentlichen auf das Gesetz von 1842 zurück, das der Klerus bisher einfach unbeachtet gelassen (hatte), erneuerte und verschärfte die Bestimmungen über die Staatsaufsicht und beschränkte die Tätigkeit der Geistlichkeit auf den Religionsunterricht. Das Gesetz wurde nach langen Debatten von den

Kammern genehmigt und 10. Juli 1879 verkündet.

Der Klerus erhob nicht bloß Protest, sondern belegte die Staatsschulen ohne weiteres mit dem Bann, um die Eltern zu zwingen, ihre Kinder in die freien, vom Klerus errichteten Schulen zu schicken. Indes hatte er dabei keinen durchschlagenden Erfolg.

Die Regierung blieb fest. Sie versuchte anfangs, den Papst Leo XIII. zu veranlassen, daß er mäßigend auf die belgische Geistlichkeit einwirke. Dieser ging scheinbar darauf ein. Als die Regierung aber 1880 erkannte, daß die römische Kurie heimlich den Widerstand der Bischöfe sogar gebilligt hatte, trug sie keine Bedenken, die diplomatischen Beziehungen zum päpstlichen Stuhl abzubrechen.

Im Jahr 1881 wurde die Zahl der Staatsgymnasien verdoppelt. Am Wahlgesetz wurden mehrere Änderungen vorgenommen, um der ultramontanen Korruption vorzubeugen. An der Durchführung des Schulgesetzes wurde eifrig gearbeitet, um das Volk von den klerikalen Fesseln zu befreien. Die öffentliche Meinung schien durchaus auf seiten der liberalen Regierung zu stehen. Die Feier des 50jährigen Bestandes der belgischen Unabhängigkeit im August 1880 war eine glänzende.

Ein wunder Punkt für das Ministerium ... waren die Finanzen; das Defizit im Staatshaushalt wuchs mit jedem Jahr, und man sah sich zu neuen Steuern und zur Erhöhung bestehender benötigt. Um so wirksamer war die Agitation der Ultramontanen gegen die Staatsschulen, welche das Budget allerdings mit großen Kosten belasteten. Dazu kam, daß eine radikale Fraktion unter Führung des Brüsseler Deputierten Janson die Einheit in der liberalen Partei durch unzeitgemäße Anträge störte und besonders durch das Verlangen des allgemeinen Wahlrechts bei den Kammerwahlen die besitzenden Klassen beunruhigte.

Die Neuwahlen für die Deputiertenkammer am 10. Juni 1884 fielen daher zu ungunsten der Liberalen aus; namentlich verloren sie durch ihre Uneinigkeit sämtliche Sitze in Brüssel, die an eine sogenannte Mittelpartei, ... Klerikale, fielen.

Die Mehrheit der ultramontanen Partei betrug 32 Stimmen. Die im Juli folgenden Senatswahlen ergaben eine klerikale Majorität von 17 Stimmen. Das liberale Ministerium trat sofort ab und wurde durch ein streng ultramontanes ... ersetzt. Dieses stellte sofort die diplomatischen Beziehungen mit der römischen Kurie her und brachte ein Schulgesetz in den Kammern ein, welches den Gemeinden gestattete, die Staatsschule aufzuheben und eine klerikale freie Schule für die öffentliche zu erklären.

Da die Stich- und Gemeindewahlen zeigten, daß das Land die schroffe Haltung der neuen Minister doch nicht billigte, so berief der König im Oktober 1884 ein gemäßigteres klerikales Kabinett, ... welches das neue Schulgesetz in den Kammern zur Annahme brachte. ...<<

**Großbritannien:** Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1873-1875 (x807/828-829): >>(Großbritannien) ... Im Herbst des Jahres 1873 wurde Großbritannien in einen Krieg in Afrika verwickelt.

Schon 1872 hatten die Niederlande ihre Niederlassung Elmina an der Goldküste an Großbritannien abgetreten, und diese war mit den britischen Besitzungen daselbst, deren Hauptort Cape Coast Castle war, vereinigt worden. Der Stamm der Aschanti, das mächtigste unter den Negervölkern daselbst, glaubte sich dadurch vom Meer abgeschnitten und eröffnete die Feindseligkeiten gegen die Briten.

Die Regierung rüstete eine Expedition unter Sir Garnet Wolseley aus, welcher, wenn auch unter bedeutenden durch das Klima verursachten Verlusten, am 7. November die Aschanti schlug, dann einen Zug ins Innere unternahm, die Hauptstadt der Aschanti, Kumassi, zerstörte und den König Koffie am 13. Februar 1874 zum Frieden und zur Zahlung einer Entschädigung von 200.000 Pfund Sterling nötigte.

So stolz man auch in Großbritannien auf diese Erfolge war (der Sieger erhielt eine Nationalbe-  
lohnung), so trugen dieselben doch zur Befestigung der Regierung nichts bei; ja, insofern die

bedeutenden Kriegskosten ohne Bewilligung des Parlaments verausgabt waren, erschütterten sie dieselbe eher. ...

Nach Schluß der Session von 1874 erfolgte eine Erweiterung des britischen Kolonialgebietes, indem demselben am 26. September die Fidschiinseln auf den Wunsch ihrer Häuptlinge einverleibt wurden. ...

Die Fortschritte Rußlands im inneren Asien erregten trotz der beruhigenden Versicherungen der russischen Regierung in Großbritannien steigenden Argwohn. Der Aufstand der Herzogwina im Sommer 1875 und die schlechte Lage der türkischen Finanzen erweckten neue Zweifel an der Lebensfähigkeit der Türkei, dieses Schoßkindes der englischen Politik.

Da griff Disraeli im November 1875 zu und verstärkte durch den Ankauf eines großen Teiles der Suezkanalaktien die Stellung Englands in Ägypten; er sicherte dadurch demselben die nächste Verbindung mit Indien, nachdem Derby Frankreich an jenem Ankauf durch Drohungen gehindert hatte. Auch die 1871 begonnene Reform des Landheeres wurde wieder in Angriff genommen, um die Wehrhaftigkeit des Reiches zu erhöhen.

In diesem Zusammenhang gewann auch die Reise nach Indien, welche der Prinz von Wales am 11. Oktober 1875 angetreten hatte, erhöhte Bedeutung. Der großartige Empfang, der ihm auch von den eingeborenen Fürsten bereitet wurde, zeigte der Welt, wie fest gewurzelt hier die britische Herrschaft sei. ...<<

**USA:** Die Zeitung "Denver Tribune" berichtet im Jahre 1873 über die Utes-Indianer, die man in Reservate abschieben will (x122/389): >>Die Utes sind praktisch Kommunisten, und die Regierung sollte sich schämen, sie in ihrem Müßiggang und ihrer liederlichen Vergeudungssucht zu fördern und zu ermutigen.

Sie leben von den Gaben eines fürsorglichen, doch idiotischen Indian Bureau und sind sogar zu faul, sich auf ordnungsgemäße Weise ihre Rationen abzuholen, sondern bestehen darauf, sich zu nehmen, was sie wollen, ganz gleich, wo sie es finden. ...<<

**Asien:** Französische Truppen besetzen ab 1873 Tongking (Vietnam).

## 1874

**Deutsches Reich:** Im Jahre 1874 verstärkt sich die große Wirtschaftskrise (1873-74). Viele Unternehmen, die zu wenig Eigenkapital besitzen, gehen Bankrott. Ungezählte Groß- und Kleinaktionäre verlieren ihr Geld. Aufgrund der starken ausländischen Konkurrenz, die ihre Produkte vielfach unter den Herstellungskosten anbietet, fordern Großindustrielle und adlige Gutsbesitzer staatliche Schutzzölle auf die Einfuhr von ausländischen Waren.

**Kaiser Wilhelm I. schreibt am 2. Mai 1874 über das Offizierskorps (x092/604):** >>Je mehr anderwärts Luxus und Wohlleben um sich greifen, um so ernster tritt an den Offiziersstand die Pflicht heran, nie zu vergessen, daß es nicht materielle Güter sind, welche ihm seine hochgeehrte Stellung im Staate und in der Gesellschaft erworben haben und erhalten werden.

Nicht nur, daß die kriegerische Tüchtigkeit des Offiziers durch eine verweichlichende Lebensführung beeinträchtigt werden könnte, sondern völlige Erschütterung des Grundes und Bodens, worauf der Offiziersstand steht, ist die Gefahr, welches das Streben nach Gewinn und Wohlleben mit sich bringen würde.

Je eifriger das Offizierskorps treue Kameraden- und richtigen Korpsgeist pflegt, um so leichter wird es Ausschreitungen vorbeugen, auf Abwege geratene Kameraden auf die richtigen Bahnen zurückleiten, unnütze Händel und unwürdige Zänkereien vermeiden.<<

**Das Reichsgesetzblatt verkündet am 4. Mai 1874 (x056/268):** >>§ 1 Einem Geistlichen, ... welcher durch gerichtliches Urteil aus seinem Amt entlassen worden ist und hierauf eine kirchliche Handlung vornimmt, ... kann durch Verfügung der Landespolizeibehörde der Aufenthalt in bestimmten ... Orten versagt oder angewiesen werden. Besteht die Handlung in der ... Anmaßung des Amtes, oder in der tatsächlichen Ausübung, ... oder handelt er der gegen ihn ergangenen Verfügung der Landespolizeibehörde zuwider, so kann er seiner Staatsangehörigkeit

... verlustig erklärt und aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden ...<<

Der deutsche Arbeiterführer August Bebel schreibt im Jahre 1874 in einer Wahlkampfbroschüre der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (x239/148): >>Als am 3. März 1871 unter dem Glockengeläute und Kanonendonner für den Versailler Frieden dieser Reichstag gewählt wurde, gab es wohl viele, die hoffnungsselig ihm entgegensahen. ...

Aber das durch "Blut und Eisen" mühsam zusammengeschweißte "Reich" ist kein Boden für bürgerliche Freiheit, geschweige für die soziale Gleichheit.

Staaten werden mit den Mitteln erhalten, durch die sie gegründet wurden. Der Säbel stand als Geburtshelfer dem "Reich" zur Seite, der Säbel wird es ins Grab begleiten. ...

Wir geben uns keinen Illusionen hin: wir glauben nicht, daß das allgemeine Wahlrecht ein Heilmittel oder eine Wünschelrute ist, durch welche das arbeitende Volk das Glück sich herbeiführen kann. Wir glauben auch nicht, daß es ihm unter den heutigen Verhältnissen gelingen wird, die Machtverhältnisse umzugestalten. Und dennoch muß das arbeitende Volk das angeführte Mittel als das einzige benutzen, welches ihm augenblicklich gegeben ist, um seine Stimme zu erheben, für seine vorenthaltenen Rechte einzutreten. ...<<

**Island:** Der Dichter Matthias Jochumsson (1835-1920) verfaßt im Jahre 1874 den Text der späteren Nationalhymne Islands (x230/69):

>>O Gott des Landes! Land von Gott!

Dein Name sei uns heilig, ja heilig alle Stund'.

Dir winden aus Sonnensystemen den Kranz

Deine Scharen, Äonen im Bund!

Vor dir ist ein Tageslauf tausend Jahr',

Sind tausend Jahr' nichts als ein Tag:

Ein Ewigkeitsblümlein in Wettergefahr,

Das ohne Gott gar nichts vermag.

Islands tausend Jahr', Islands tausend Jahr',

Ein Ewigkeitsblümlein in Wettergefahr,

Das ohne Gott gar nichts vermag.<<

**Spanien:** General Martinez Campos erhebt sich 1874 in Sagunto, um die Rückkehr der Bourbonen (Restauration der französischen Bourbonenherrschaft) durchzusetzen. Nach dem Militärputsch wird die Monarchie reaktiviert und Alfons XII. (1857-1885, Sohn der Königin Isabella II.) im Jahre 1874 zum König Spaniens ernannt.

**Frankreich:** Der französische Publizist Paul Leroy-Beaulieu erläutert im Jahre 1874 die großen Vorteile von Kolonien (x239/174): >>Die große Nützlichkeit der Kolonien liegt nicht allein darin, daß sie als Auffangbecken für den Bevölkerungsüberschuß des Mutterlandes dienen, und auch nicht darin, daß sie dessen überschüssiges Kapital ein Betätigungsfeld unter besonders rentablen Bedingungen eröffnen.

Darüber hinaus wird durch sie der Handel des Mutterlandes zu dynamischer Entfaltung ange-regt, wird die Industrie aktiviert und in Gang gehalten; die Bevölkerung des Mutterlandes, Industrielle, Arbeiter und Verbraucher, erlangen durch sie wachsende Gewinne, Löhne und Annehmlichkeiten. ...

Die expansive Kraft eines Volkes, seine Fähigkeit zur Fortpflanzung, seine Ausweitung und Vervielfachung über räumliche Grenzen hinweg liegt in der Kolonisation. Sie ist die Unterwerfung des gesamten oder eines Teils des Universums unter seine Sprache, Sitten, Ideen und Gesetze.

Ein Volk, das kolonisiert, ist ein Volk, welches das Fundament für seine Größe in der Zukunft und für seine künftige Vorherrschaft legt. Alle lebendigen Kräfte der kolonisierenden Nationen erfahren eine Intensivierung durch diese Ausbreitung ihrer überschüssigen Energien. ...<<



**1875**

**Deutsches Reich:** Gemäß Reichspersonenstandsgesetz wird am 6. Februar 1875 die Zivilehe (durch Eheschließung vor dem Standesbeamten begründete Ehe) im gesamten Deutschen Reich gesetzlich vorgeschrieben. Die kirchliche Eheschließung darf erst nach der standesamtlichen erfolgen. Die Ehescheidung wird ebenfalls zivilrechtlich geregelt.

Reichskanzler Bismarck läßt ferner alle kirchlichen Orden (außer Krankenpflegeorden) verbieten. Pfarrer, die sich den neuen Gesetzen nicht unterordnen, erhalten kein Gehalt mehr und illoyalen Geistlichen wird die Staatsbürgerschaft entzogen.

August Bebel und Wilhelm Liebknecht gründen im Jahre 1875 durch Zusammenschluß von ADAV und SDAP in Gotha die "Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands".

Wilhelm Liebknecht fordert im Programm dieser neuen Partei (x145/126): >>... Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen, nur eine reaktionäre Masse sind.

Von diesen Grundsätzen ausgehend erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit. ...<<

Der deutsche Historiker Heinrich von Treitschke (1834-1896, ab 1866 Professor für Geschichte, 1871-84 Mitglied des Reichstages) schreibt im Jahre 1875 über die Eroberung neuer Gebiete in Afrika und Asien (x261/171): >>... So ist jene Kolonisation ... für die Zukunft der Welt ein Faktor von ungeheurer Bedeutung geworden. Von ihr wird abhängen, in welchem Maße jedes Volk an der Beherrschung der Welt durch die weiße Rasse teilhaben wird; es ist sehr gut denkbar, daß einmal ein Land, das keine Kolonien hat, gar nicht mehr zu den europäischen Großmächten zählen wird, so mächtig es sonst sein mag.

Darum dürfen wir nicht in jenen Zustand der Erstarrung kommen, der die Folge einer rein festländischen Politik ist, und das Ergebnis unseres nächsten glücklichen Krieges muß womöglich die Erwerbung irgendeiner Kolonie sein. ...<<

**Rußland:** Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet über die Geschichte Rußlands von 1875-1885 (x834/101,103-104): >>(Rußland) ... Die ungerechte Behandlung, welche die Pforte ihren christlichen Untertanen angedeihen ließ, und ihre Weigerung, den im Pariser Vertrag von 1856 übernommenen Verpflichtungen vollständig nachzukommen, benutzte Rußland als eine neue Kriegsfrage. Der Aufstand in der Herzegowina und in Bosnien im Juli 1875 veranlaßte zunächst die diplomatische Intervention der russischen Regierung.

Sie legte bei der Dreikanzlerzusammenkunft in Berlin vom 11. bis 14. Mai 1876 das sogenannte Berliner Memorandum vor, dessen Annahme an der Weigerung Englands scheiterte. Montenegro und besonders Serbien, welche im Juli der Pforte den Krieg erklärt hatten, wurden von Rußland in nicht offizieller Weise unterstützt und letzteres, als es, dem Untergang nahe, die Hilfe Rußlands anrief, durch das der Pforte gestellte Ultimatum des Zaren vom 30. Oktober gerettet.

Am 10. November erklärte Kaiser Alexander, von der öffentlichen Meinung gedrängt, seinen Entschluß, der Pforte den Krieg anzukündigen, falls diese keine Garantien für die Ausführung der von den Großmächten gestellten Forderungen gebe.

Als die in Konstantinopel vom 23. Dezember 1876 bis 20. Januar 1877 tagende Konferenz der Bevollmächtigten der Großmächte und das Londoner Protokoll vom 31. März 1877 zu keinem Resultat führten, wurde der Krieg durch das vom 24. April 1877 datierte Kriegsmanifest des Kaisers verkündigt.

Rußland war trotz des tapferen Widerstandes der Türkei schließlich siegreich. Die Pforte bat um Waffenstillstand; derselbe wurde nebst den Präliminarfriedensbedingungen am 31. Januar 1878 zu Adrianopel unterzeichnet, am 3. März der Friedensvertrag von San Stefano abgeschlossen. Aber die Ziele, welche Rußland nach seinen Waffenerfolgen anstrebte, veranlaßten das Einschreiten Englands.

Nach langen Verhandlungen kam durch die Vermittlung der deutschen Regierung der Berliner Kongreß zustande, der die orientalischen Verhältnisse endgültig regeln sollte und unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck am 13. Juni 1878 eröffnet wurde.

In dem am 13. Juli unterzeichneten Friedensvertrag erhielt Rußland von Türkisch-Asien die Gebiete von Kars, Ardahan und Batum, und der durch den Pariser Vertrag 1856 von Rußland an die Türkei abgetretene Teil von Bessarabien wurde von Rumänien, das die Dobrudscha erhielt, an Rußland zurückgegeben. Dagegen mußte Rußland zu einigen, von den Friedensbestimmungen von San Stefano abweichenden Abmachungen über die künftige Gestaltung der Balkanhalbinsel seine Zustimmung geben.

Der ... Zweck des Krieges, Befreiung der russischen Stammes- und Glaubensgenossen von der türkischen Willkürherrschaft, war erreicht; der eigentliche Zweck, Rußland einen übermächtigen Einfluß auf der Balkanhalbinsel zu verschaffen, war verfehlt, während Österreich und England, die keinen Teil an dem Kriege genommen hatten, das eine mit der Verwaltung Bosniens und der Herzegowina, das andere mit der Cypers betraut wurden.

Daher war in Rußland weder Regierung, noch Armee, noch Presse mit den Ergebnissen des Krieges zufrieden, und Deutschland wurde der unbegründete Vorwurf gemacht, es habe auf dem Berliner Kongreß Rußland um die Früchte des Krieges gebracht.

Die Folge dieser Spannung zwischen Rußland und Deutschland war, daß im Sommer 1879 in Paris über den Abschluß eines russisch-französischen Bündnisses verhandelt wurde, daß zur Beilegung der politischen Mißstimmung Kaiser Wilhelm I. am 3. September in Alexandrowo eine Zusammenkunft mit Kaiser Alexander hatte, und daß Fürst Bismarck, um Deutschland gegen die Gefahr einer russisch-französischen Offensivallianz zu sichern, in Gastein und in Wien eine Defensivallianz mit Österreich abschloß.

Gleichzeitig mit diesen den Sturz der türkischen Herrschaft bezweckenden Bestrebungen erfolgte das Vorgehen Rußlands in Zentralasien. Ein Konflikt mit China wegen Kaschgar (in Ostturkestan) wurde 1874 durch englische Intervention beigelegt, das 1871 okkupierte Kuldshagebiet 1881 an China zurückgegeben, außer einem kleinen Distrikt nordöstlich vom Fluß Ili.

Durch den Feldzug Skobelevs wurden 1881 die ... Turkmenen unterworfen und ihr Gebiet Rußland einverleibt. ...<<

>>... Um den administrativen Zusammenhang der deutschen Provinzen Livland, Kurland und Estland zu zerreißen, wurde durch Ukas vom 6. Februar 1876 das Generalgouvernement der baltischen Provinzen aufgehoben. 1878 wurde den baltischen Städten die russische Städteverfassung aufgezwängt.

Die gleichen Nivellierungstendenzen verfolgte den Polen gegenüber der Ukas vom Jahr 1876, welcher im Generalgouvernement Warschau das neue russische Gerichtsverfahren einführte und die besondere "politische Kanzlei" auflöste.

Neben dem reaktionären Altrussentum und dem Panslawismus, die in der öffentlichen Meinung immer mehr zur Herrschaft gelangten, und deren Tendenzen auch die Regierung nachgeben mußte, war in der Gärungszeit der letzten Jahrzehnte die revolutionäre Richtung des Nihilismus entstanden.

Die Regierung suchte ihm durch einen Erlaß vom 24. Mai 1865, der die Behörden zum kräftigsten Einschreiten aufforderte, entgegenzuwirken, aber erfolglos. Aus nihilistischen Kreisen ging das mißlungene Attentat des Dimitrij Karakosow auf den Kaiser in Petersburg vom 16.

April 1866 hervor.

Gefährlich wurde der Nihilismus seit dem Jahr 1878, wo von ihm der Mord, insbesondere der Kaisermord, programmäßig als das geeignetste Mittel zur Erreichung seiner Ziele proklamiert wurde. Nach dem Attentat auf den Petersburger Stadthauptmann General Trepow und der Ermordung des Generals Mesenzew wurden durch Regierungsdekret alle politischen Verbrechen den Militärgerichten zugewiesen.

Trotzdem mehrten sich die Attentate gegen hohe Beamte, und 1879 begannen die Mordanschläge gegen den Kaiser. Am 14. April feuerte Solowjew auf ihn in der Umgebung des Winterpalais mehrere Revolverschüsse ab, ohne zu treffen; am 1. Dezember, als der Kaiser von Livadia nach Moskau zurückkehrte, wurde ... (durch) Minen der Eisenbahnzug teils umgestürzt, teils zum Entgleisen gebracht; aber das Attentat traf nicht den kaiserlichen Zug, sondern den hinter diesem fahrenden Bagagezug (Güterzug).

Die Missetäter wurden nicht entdeckt. Dem Kaiser wurde von dem Exekutionskomitee mit weiteren Mordversuchen gedroht, wenn er nicht seine Herrschaft aufgebe und dieselbe einer Nationalversammlung übertrage. Am 17. Februar 1880 erfolgte im Winterpalais eine Dynamitexplosion, die aber die kaiserliche Familie nicht traf.

Auf dieses Attentat hin wurde das 1879 in Petersburg (sowie auch in Moskau, Charkow, Odessa, Kiew und Warschau) eingesetzte und mit außerordentlichen Vollmachten versehene Generalgouvernement, das sich machtlos erwiesen hatte, aufgehoben und dem General Loris-Melikow eine Art Diktatur übertragen.

Derselbe war bestrebt, auf dem Gebiete des Gefängniswesens, der Zivilverwaltung und der Presse Reformen durchzuführen und auch auf diesem Wege, nicht bloß durch Gewaltmittel, dem Nihilismus entgegenzutreten, aber auch so vermochte er es nicht, ein Bombenattentat zu verhindern, dem der Kaiser am 13. März 1881, als er nachmittags nach dem Winterpalais zurückfuhr, zum Opfer fiel. Alexander erlag sogleich seinen furchtbaren Verletzungen. ...

Sein Nachfolger, Kaiser Alexander III., entschied sich nach langem Schwanken für Festhaltung am Cäsarismus. In seinem Manifest vom 11. Mai appellierte er an die ihm von Gott verliehene "selbstherrscherliche Gewalt". Darauf ... (reichten) Melikow, der Kriegsminister Graf Miljutin, der Finanzminister Abasa ihre Entlassung ein, und Graf Ignatjew wurde zum Minister des Inneren ernannt. ...

Das nihilistische Exekutivkomitee erließ als Antwort auf das Manifest eine Erklärung, die dem Kaiser mit dem Schicksal seines Vaters drohte. Infolgedessen mußten die größten Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, und der Kaiser wechselte mehrmals rasch seinen Wohnsitz, residierte bald in Gatschina, bald in Peterhof, von Polizei und Militär bewacht.

Die Kaiserkrönung fand erst am 27. Mai 1883 in Moskau statt, und am Tage derselben erließ der Kaiser ein Manifest, worin einige Gnadenakte verkündigt und alles Heil des Reiches von der mit göttlicher Weisheit und Stärke begnadigten unumschränkten Machtvollkommenheit des Kaisers abhängig gemacht wurde.

In einem 1885 an den Senat gerichteten kaiserlichen Ukas wurde die bisherige kaiserliche Hausordnung dahin abgeändert, daß nur die Söhne, Töchter, Brüder, Schwestern und die in unmittelbarer Linie vom Mannsstamm abstammenden Enkel des Kaisers den Titel "Großfürsten" und "Großfürstinnen" führen dürfen, daß aber die vom Mannsstamm herkommenden Urenkel des Kaisers als "Fürsten und Fürstinnen von kaiserlichen Geblüt" anzusehen sind.

Die Beziehungen Rußlands zu den auswärtigen Mächten, namentlich zu Deutschland und Österreich, waren unter der Regierung Alexanders III. anfangs durchaus nicht freundlich, und Rußland nahm eine isolierte Stellung ein. Die Nachbarmächte konnten wenig Vertrauen zu einer Regierung fassen, von welcher zwei Mitglieder, Fürst Gortschakow und Graf Ignatjew, ihre entschiedenen Feinde waren, zu einer Regierung, welche an der Westgrenze des Reiches starke Truppenmassen versammelt und wie zu einem raschen Überfall bereit hielt.

Daher führte die Zusammenkunft, welche Kaiser Alexander am 9. September 1881 mit Kaiser Wilhelm in Danzig veranstaltete und welcher auch Fürst Bismarck und Geheimrat von Giers, der Stellvertreter Gortschakows, beiwohnten, zunächst keine Veränderung der gegenseitigen Beziehungen herbei.

Erst als der 84jährige Gortschakow am 9. April 1882 von der Leitung des Ministeriums des Auswärtigen entbunden, dieses dem Geheimrat von Giers übertragen, Graf Ignatjew am 11. Juni 1882 seines Postens als Minister des Inneren enthoben wurde und Graf Tolstoj an seine Stelle trat, konnte man von einem Sieg der russischen Friedenspartei sprechen. Der neue Minister von Giers gab sich alle Mühe, durch persönliche Besprechungen mit dem Fürsten Bismarck, den er wiederholt besuchte, und mit den leitenden Persönlichkeiten in Wien ein gutes Einvernehmen zwischen Rußland und Deutschland-Österreich herzustellen.

Kaiser Alexander III. selbst kam bald zu der Einsicht, daß die Sicherheit seiner Dynastie und seines Reiches hauptsächlich auf einem guten Verhältnis mit Deutschland beruhe. Diese Wendung der russischen Politik fand ihren offiziellen Ausdruck in der Zusammenkunft, welche vom 15. bis 17. September 1884 zwischen den Kaisern von Deutschland, Österreich und Rußland in dem polnischen. Lustschlößchen Skernewizy (Skierniewice) stattfand, und welcher auch die leitenden Minister, Fürst Bismarck, Graf Kalnoky und Herr von Giers, beiwohnten.

Die Annäherung Rußlands an die zwei großen Friedensmächte tat sich sofort in allen europäischen Fragen kund. Dieses freundschaftliche Verhältnis erhielt eine Verstärkung durch den Besuch, welchen Kaiser Alexander im August 1885 dem Kaiser Franz Josef in Kremsier abstattete.

Die guten Beziehungen Rußlands zu Deutschland und Österreich waren aber nur von kurzer Dauer; bald trat an ihre Stelle ein recht gespanntes Verhältnis infolge des Auftauchens der bulgarisch-ostrumelischen Frage. Da Rußland sich in seiner Hoffnung, daß Bulgarien sich freiwillig einer russischen Oberlehnsherrlichkeit unterwerfen werde, getäuscht sah, so suchte es fortan jede innere und äußere Erstarkung Bulgariens zu hemmen.

Alexander III. versagte daher der Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien durch den Staatsstreich vom 18. September 1885 seine Zustimmung und gab seiner Abneigung gegen den bulgarischen Fürsten Alexander offenen Ausdruck, indem er ihn aus der russischen Armeeliste streichen ließ. ...<<

**Herzegowina:** Ab 1875 lehnen sich die Slawen und andere türkische Vasallen (mit russischer Unterstützung) in der Herzegowina gegen die türkische Besatzungsmacht auf.

**Osmanisches Reich:** Ab 1875 führen die Türken jahrelang ehrgeizige Modernisierungsmaßnahmen durch, um den westeuropäischen Wirtschaftsstandard zu erreichen.

Die kostspielige Modernisierung endet später schließlich mit dem Staatsbankrott des Landes (Verpfändung der türkischen Staatseinnahmen, ab 1881 internationale Schuldenverwaltung).

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des Türkischen Reiches von 1875-1879 (x815/930-932): >>(Türkisches Reich) ... Zu immer drückenderen Bedingungen mußten ... von Jahr zu Jahr Darlehen aufgenommen werden; um nur zu Geld zu kommen, schien die türkische Regierung in ihren Zugeständnissen an die Kapitalisten keine Grenze zu kennen. Sie konnte daher bald auch die Zinsen ihrer auf 5.000 Millionen Franc angewachsenen äußeren Schuld nicht mehr bezahlen.

Am 6. Oktober 1875 erklärte die Pforte, daß sie außerstande sei, von den Zinsen der Staatsschuld mehr als 50 Prozent zu bezahlen, daß sie aber über die ... (restlichen) 50 Prozent 5prozentige Obligationen ausstellen wolle, welche später bar eingelöst werden sollten. Aber alle Versuche, der Mißwirtschaft im Inneren Einhalt zu ... (gebieten), waren erfolglos. ...

1875 brach in der Herzegowina, angeblich durch Steuerdruck hervorgerufen, ein Aufstand aus. Montenegro und Serbien machten sich trotz offizieller Neutralitätserklärung zu Vermitt-

lern der von Rußland ausgehenden Förderung des Aufstandes.

Die lässige Bekämpfung des Aufstandes zog den Türken einige Schlappen zu; sofort wurde der Pforte auf Betreiben Rußlands von den Mächten eine Konsularkommission zur Herstellung des Friedens aufgedrängt, und als die Bemühungen dieser an der ablehnenden Haltung der Aufständischen gescheitert und sogar eine die Pazifikationsbedingungen zusammenfassende Note der Mächte verworfen worden war, als auch eine österreichischerseits versuchte Vermittlung zu nichts geführt hatte: da glaubte die Pforte endlich selbständig agieren zu können.

Durch zwei befestigte Lager hielt sie Serbien in Schach und schnitt die Insurgenten von Montenegro ab, worauf sofort der Aufstand auf einige rauhe Gebirgsgegenden beschränkt wurde. Nun aber trat Ignatjew energisch gegen eine Bedrohung Montenegros auf und erzwang eine Verlegung der türkischen Truppen von der montenegrinischen Grenze.

In diesem Augenblick trat ein anderes verhängnisvolles Ereignis für die Pforte ein: in Saloniki wurden am 6. Mai 1876 der deutsche und der französische Konsul bei einem Tumult von fanatischen Mohammedanern, nicht ohne Verschulden der Behörden, ermordet. Die Pforte beeilte sich, den sehr strengen Genugtuungsforderungen der Mächte gerecht zu werden; doch war ihre vermehrte Isolierung die natürliche Folge des Verbrechens.

Die gegen sie ganz Europa durchzuckende Mißstimmung wurde von Rußland geschickt benutzt. Dasselbe wußte von den beiden verbündeten Kaiserhöfen die Zustimmung zu dem sogenannten Gortschakowschen Memorandum zu erlangen, welches die Schuld an dem Nichtgelingen der Pazifikation der Herzegowina lediglich dem Sultan beimaß und unter Androhung wirksamerer Maßregeln einen zweimonatlichen Waffenstillstand verlangte, um mit den Insurgenten wegen des Friedens zu unterhandeln. Auch die übrigen Mächte, mit Ausnahme Englands, erklärten sich mit dieser Staatsschrift einverstanden.

Alle Schichten der türkischen Nation waren überzeugt, daß Rußland auf das Verderben der Pforte sinne, und daß Eigennutz und Unverstand den Großherrn und seinen ersten Wesir dem Erbfeind als Gehilfen zuführten. Über die Verbindung des Sultans mit Rußland wurden die aufregendsten Gerüchte verbreitet, als wolle Rußland Konstantinopel mit seinen Truppen besetzen, um die neue Thronfolgeordnung mit Gewalt durchzuführen und die Unzufriedenen zu züchtigen, und der russische Botschafter trat denselben mit keiner Ablehnung entgegen.

Am 11. Mai kam es zu stürmischen Auftritten vor dem Palast des Sultans; die Softas (theologische Studenten) hatten sich bewaffnet und verlangten Entlassung Mahmuds, Entfernung Ignatjews und Krieg gegen Montenegro.

Keine Hand rührte sich für Abd ul Asis. Umsonst suchte derselbe durch Berufung eines populären Mannes auf den Posten Mahmuds sich aus der Verlegenheit zu ziehen, er war selbst unmöglich geworden.

Am 29. Mai vereinigte sich der neue Großwesir, Mehemed Ruschdi, mit dem Kriegsminister Hussein Avni und Midhat Pascha, den Sultan abzusetzen und den ältesten Sohn Abd ul Medschids, Murad V., auf den Thron zu erheben. In der Nacht zum 30. Mai wurde die Palastrevolution ohne Blutvergießen durchgeführt. Der abgesetzte Sultan wurde darauf am 4. Juni in dem Palast Tscheragan, wohin man ihn gebracht hatte, auf Befehl der Minister ermordet; man gab vor, er habe sich durch Aufschneiden der Pulsadern selbst getötet.

Am 15. Juni drang von neuem die Kunde einer grauenhaften Bluttat ins Publikum: drei Minister, darunter der energische Hussein Avni, wurden im Haus Midhats von einem tscherkessischen Offizier ermordet!

Während dies in Konstantinopel geschah, brach an verschiedenen Stellen Bulgariens der von Rußland vorbereitete Aufstand aus. Es war ein Ausrottungskrieg der Bulgaren gegen ihre in der Minderzahl befindlichen mohammedanischen Mitbürger, aber die Urheber hatten sich ... (hinsichtlich) der Ohnmacht der Pforte verrechnet. Von den gegen ihn aufgebottenen Irregulä-

ren, denen sich später Linientruppen beigesellten, wurde der Aufstand unter noch barbarischeren Greueln und entsetzlichem Blutvergießen zu Boden geworfen.

Inzwischen hatte auch Serbien seine Rüstungen vollendet und überschritt nunmehr die Grenze, um, wie es in dem Manifest vom 2. Juli 1876 hieß, den aufständischen Nachbarprovinzen den Frieden wiederzugeben. Rußland sandte nach Serbien die Erfordernisse für den Krieg an Geld, Waffen, Munition und vor allem ... Mannschaften. Doch fochten die Serben unglücklich und sahen sich am 29. August genötigt, die Mächte um Vermittlung eines Waffenstillstandes anzugehen, den sie verräterisch brachen, sobald sie durch russische Hilfe ihre Kampffähigkeit wiederhergestellt zu haben glaubten.

Neue Siege bei Alexinatz (Ende Oktober) eröffneten nunmehr den Türken den Weg in das Herz Serbiens; aber ihren Erfolgen gebot ein Telegramm des Kaisers Alexander II. aus Livadia vom 30. Oktober 1876 Halt, welches unter Androhung sofortigen diplomatischen Bruches ihnen binnen 24 Stunden Einstellung ihrer Operationen auferlegte.

Inzwischen war in Konstantinopel Murad V. wahnsinnig geworden; am 31. August folgte ihm sein Bruder Abd ul Hamid II.

In der nichtigen Hoffnung, Rußland durch Nachgiebigkeit zu entwaffnen, unterzeichnete dieser am 31. Oktober die Waffenstillstandsakte, berief seine Truppen aus Serbien zurück und gewährte dem treulosen Vasallenstaat am 1. März 1877 den denkbar günstigsten Frieden unter Herstellung des Status quo ante (Zustand, wie er vorher war).

Gleich nach dem Abschluß des serbisch-türkischen Waffenstillstandes schlug England eine Konferenz vor, welche unter Wahrung der Integrität des Osmanenreichs eine administrative Autonomie für die slawischen Balkanprovinzen feststellen sollte.

Beim Zusammentritt derselben, welche in Konstantinopel tagte, ließ Midhat Pascha, seit dem 19. Dezember 1876 Großwesir, den Sultan seinem Reich eine Verfassung oktroyieren, welche, am 23. Dezember 1876 publiziert, die völlige Rechtsgleichheit aller Pfortenuntertanen proklamierte und als Trumpf von der türkischen Regierung gegen die Ansprüche der Mächte zu Gunsten der Slawen nicht ohne Geschick ausgespielt wurde. Die Konferenz endigte ohne Resultat.

Nachdem sie selbst ihre Beschlüsse herabgemildert (hatten), wurden diese von Midhat dem Großen Diwan, einer Versammlung von gegen 300 angesehenen Personen, darunter 60 Christen, zur Prüfung vorgelegt und einstimmig zurückgewiesen. Doch wurde der tatkräftige Midhat schon im Februar 1877 infolge einer Palastrevolution abgesetzt und verbannt; an seine Stelle als Großwesir trat Edhem Pascha. Daher hatte auch die erste und einzige Session der türkischen Kammer im Februar 1877 kein Ergebnis.

Um so mehr fühlte sich Rußland zu energischem Vorgehen ermutigt, und nachdem es seine Rüstungen vollendet, erklärte es am 24. April 1877 ... der Türkei den Krieg. Derselbe entbrannte zuerst in Asien, woselbst im oberen Kurtal am 17. Mai die kleine Festung Ardahan von den Russen erobert wurde.

Im Juni gingen die Russen über die Donau, ... eroberten am 6. Juli Tirnowa, überstiegen am 12. Juli ... den Balkan, wiegelten die Bulgaren Nordthrakiens auf, erstürmten am 19. Juli den für schweres Geschütz passierbaren Schipkapaß, besetzten Jambol, Karlowo und andere Städte im Süden des Balkans, eroberten Nikopoli an der Donau und belagerten Rustschuk.

Diesem glänzenden Anfang des Feldzuges entsprach aber der Fortgang nicht. Bei dem Versuch, die befestigten Höhen von Plewna zu nehmen, erlitten die Russen am 20., 21. und 31. Juli Niederlagen, die eine rückgängige Bewegung zur Folge hatten. In Thrakien von Suleiman Pascha angegriffen, mußten sie sich in den Schipkapaß zurückziehen, den sie mannhaft verteidigten; in der Donaugegend wurden sie über den Schwarzen Lom geworfen. Sie sahen sich genötigt, die früher nicht recht gewürdigte Bundesgenossenschaft mit den Rumänen anzunehmen, erlitten aber bei erneuten Angriffen gegen Plewna vom 7. bis 12. September aber-

mals Niederlagen, so daß bedeutende Truppennachschübe nötig wurden.

Auch in Asien stritten sie bei Zewia unglücklich gegen die Türken und wurden auf ihr eigenes Gebiet zurückgeworfen, bis es ihnen am 15. Oktober gelang, auf dem Aladjaberg einen glänzenden Sieg davonzutragen. Die Türken hatten militärisch mehr geleistet, als man, namentlich nach dem Beginn des Krieges, von ihnen erwartet hatte. Da sie indes gar keine Unterstützung fanden, mußten sie endlich doch der Übermacht unterliegen.

Auf dem asiatischen Kriegsschauplatz ging am 18. November Kars verloren, und die Türken wurden nach Erzerum zurückgetrieben; in Bulgarien aber besiegelte der Fall des lange heldenmütig verteidigten Plewna (10. Dezember) den Verlust eines großen Teiles des westlichen Bulgarien, in welches zu gleicher Zeit die Serben eindringen, während die Montenegriener in Albanien siegreich vorrückten.

Anfang 1878 überschritten die Russen den Balkan an mehreren Stellen zugleich. Die Armee Suleimans wurde bei Philippopel völlig zersprengt, die Schipkaarmee gefangen genommen und am 31. Januar 1878 in Adrianopel, das die Türken freiwillig geräumt (hatten), von den Russen, welche bereits bis zum Marmarameer und bis an die Tore Konstantinopels vorgezogen waren, der Waffenstillstand diktiert.

Diesem folgte am 3. März, da die Türken nirgends Hilfe fanden, der Friede von San Stefano. In diesem wurden die Unabhängigkeit Rumäniens und Serbiens, des letzteren und Montenegros Vergrößerung, die Abtretung der Dobrudscha und eines Teiles von Armenien, die Bildung eines autonomen Fürstentums Bulgarien, welches außer dem eigentlichen Bulgarien einen großen Teil Rumeliens und Makedoniens umfaßte, stipuliert und die Zahlung einer beträchtlichen Kriegsentschädigung der Türkei auferlegt.

Die Ausführung des Friedens verzögerte sich indes infolge des Konfliktes zwischen Rußland und England, das eine Flotte in das Marmarameer einlaufen ließ. Während die energische Haltung der englischen Regierung den Ausbruch eines Krieges mit Rußland erwarten ließ, wenn dieses sich nicht nachgiebig zeigte, und die Mächte sich eifrig bemühten, durch einen Kongreß eine friedliche Lösung der orientalischen Wirren herbeizuführen, fehlte es in Konstantinopel an jeder klaren, entschiedenen Haltung.

Die Minister kamen und gingen je nach den Launen des Sultans und seiner Günstlinge. Die Kammern waren schon im Februar nach Haus geschickt und damit die Komödie einer "osmanischen Verfassung" geschlossen worden. Der unerfahrene Abd ul Hamid litt an fast krankhafter Furcht vor Verschwörungen zu Gunsten seines Bruders Murad; eine solche wurde in der Tat im Mai 1878 versucht, aber blutig unterdrückt.

Am 1. Juni wurde Mehemed Rüschi Pascha wieder zum Großwesir ernannt. Unter ihm warf sich die Pforte endlich England in die Arme, indem sie am 4. Juni einen geheimen Vertrag mit diesem schloß, wonach England den Schutz der asiatischen Besitzungen der Türkei übernahm, solange Rußland nicht seine Eroberungen in Armenien herausgegeben haben würde, und dafür das Recht erhielt, Cypem zu besetzen.

Mehemed wurde bereits am 8. Juni durch Savfet Pascha ersetzt. Dieser leitete die türkische Politik während des Berliner Kongresses (13. Juni bis 13. Juli 1878). Allerdings wurden in Berlin mehrere Bestimmungen des Friedens von San Stefano zu Gunsten der Türkei verändert: Aladschkert und Bajesid in Armenien fielen an sie zurück; das autonome Fürstentum Bulgarien wurde auf das Gebiet nördlich vom Balkan nebst Sofia beschränkt, der südliche Teil, aber ohne Makedonien und den Küstenstrich, als eine Provinz Ostrumelien unter türkischer Oberhoheit belassen.

Dagegen wurde Österreich am 29. Juni mit der Okkupation Bosniens und der Herzegowina beauftragt und der Protest der türkischen Bevollmächtigten dagegen zurückgewiesen. Ferner wurde Griechenland das Recht zuerkannt, auf eine Rektifikation seiner nördlichen Grenze (Abtretung des südlichen Thessalien und Epirus mit Larissa und Janina) Anspruch zu erheben.

Die Pforte unterzeichnete und ratifizierte zwar den Berliner Vertrag vom 13. Juli 1878, beeilte sich aber nicht mit seiner Ausführung.

Der definitive Friede mit Rußland wurde am 8. Februar 1879 unterzeichnet und die an Rußland zu zahlende Kriegsschädigung auf 802 Millionen Franc festgesetzt.

Gegen die Okkupation Bosniens und der Herzegowina durch österreichische Truppen im August 1878 leistete die Türkei keinen Widerstand und schloß am 21. April 1879 mit Österreich eine Konvention, durch welche sie die Souveränität des Sultans in jenen Provinzen formell wahrte.

Die Macht des türkischen Reiches war durch den Berliner Frieden erheblich geschwächt worden, namentlich in Europa, und die große Finanznot mußte ebenfalls dazu beitragen, die Autorität der Pforte im Land selbst und bei den auswärtigen Mächten herabzusetzen. Es blieben daher weitere Zumutungen an sie nicht aus. ...<<

**USA:** Als die US-Regierung den Vertrag von Fort Laramie (1868) bricht, ruft der Sioux-Häuptling Sitting Bull im Jahre 1875 zum Kampf gegen die europäischen Eindringlinge auf (x181/2.32): >>Brüder seht, es ist Frühling geworden. Die Sonne hat die Erde umarmt. Alle Samen sind erwacht, alle Tiere haben neu zu leben begonnen. Von dieser großen, geheimnisvollen Kraft stammt auch unser Leben. Daher gewähren wir all unseren Nachbarn, selbst den Tieren, das gleiche Recht, das auch wir beanspruchen: das Recht, in diesem Land zu leben.

Klein und schwach waren sie, als unsere Väter sie kennenlernten, aber nun sind sie groß und anmaßend geworden. Die Liebe zum Besitz ist eine Krankheit, an der sie alle leiden. Sie haben viele Gesetze gemacht, die die Reichen brechen dürfen, die Armen aber nicht. Sie nehmen Steuern von den Armen und Schwachen und unterstützen damit die Reichen, die über die anderen herrschen.

Sie beanspruchen unsere Mutter, die Erde, als ihr Eigentum und bauen Zäune, um die Nachbarn fernzuhalten. Sie schänden die Erde mit ihren Bauwerken und ihrem Abfall. Das Volk der Weißen gleicht einem Fluß, der im Frühling über die Ufer tritt und alles in seinem Umkreis zerstört.

Wir können nicht Seite an Seite mit ihnen leben. Vor 7 Jahren erst schlossen wir ein Vertrag, der uns das Büffelland für immer zusprach. Nun wollen sie es uns wegnehmen. Brüder, sollen wir uns ihnen unterwerfen? Oder sollen wir zu ihnen sagen: "Bevor ihr das Land meiner Väter in Besitz nehmt, müßt ihr mich zuerst töten." ...<<

## **1876**

**Deutsches Reich:** Um 1876 gibt es in den preußischen Provinzen fast keine katholischen Pfarrer mehr und die meisten katholischen Bischöfe Preußens sind in Haft oder geflohen.

Ein Zeitzeuge berichtet damals über die Auswirkungen des "Kulturkampfes" (x239/154): >>Wie eine vergiftete Atmosphäre, wie eine Art Krankheit lag es in jenen Tagen über unserem Vaterlande. Katholik und Reichsfeind, katholisch und vaterlandslos ... waren gleichwertige Begriffe. ...

Die konfessionellen und politischen Gegensätze waren so groß, daß ein klaffender Riß durch die Gesellschaft ging, der Spaltung und Zwietracht bis in den Schoß der Familie hinein trug. Namentlich in den kleinen und mittleren Städten waren die Katholiken aus den gesellschaftlichen Kreisen und vom freundschaftlichen Verkehr mit Nichtkatholiken nahezu ausgeschaltet. ... In einzelnen Städten, so in Mönchengladbach und Düsseldorf, wurden sogenannte "schwarze Listen" gedruckt und in den Kreisen der liberalen Parteigenossen verbreitet, in der Absicht, dadurch auf die "ultramontanen" (päpstliche gesinnten) Geschäftsinhaber einen Druck auszuüben oder sie seitens der liberalen Kundschaft boykottieren zu lassen.

Wenn gar politische oder kommunale Wahlen die Leidenschaften noch mehr aufgewühlt hatten, war die Entlassung von Arbeitern und Privatbeamten, die ihrer Überzeugung nach für Zentrumsandidaten ihre Stimme abgegeben hatten, durchaus keine Seltenheit. ...



Die ... (Prozesse) gegen die "ultramontane" Presse mehrten sich in auffälliger Weise, und die untergeordneten Organe der Justiz und der Polizei ließen sich in vielen Fällen offenbare Gesetzesverletzungen bei Beschlagnahme und Haussuchungen zuschulden kommen. ...<<

Die deutsche Frauenrechtlerin Hedwig Dohm (1833-1919, publiziert seit 1872 Schriften über die Frauenemanzipation) fordert im Jahre 1876 in ihrem Buch "Der Frauen Natur und Recht" die Gleichberechtigung der Frauen (x056/223): >>... Es gilt euch zu retten, Ihr Frauen, aus dem traurigen, dumpfen Einerlei ... eures vegetierenden Daseins. ...

Fordert das Stimmrecht, denn nur über das Stimmrecht geht der Weg zur Selbständigkeit und Ebenbürtigkeit, zur Freiheit und zum Glück der Frau!

Ohne politische Rechte seid ihr, eure Seelen mögen vor ... Güte und Edelsinn überfließen, ... machtlos. ...

Organisiert euch! ...

Verlaßt euch nicht auf die Hilfe der ... Männer! ...

(Bald werden) die Frauen nicht den Männern, sondern sich selbst gehören. ...

Die Menschenrechte haben kein Geschlecht!<<

Im damaligen öffentlichen Leben sind politische Mitwirkungsrechte der Frauen noch völlig undenkbar. Im Deutschen Reich erhalten die Frauen erst im November 1918 das Wahlrecht (Finnland: 1906, Dänemark: 1915, USA: 1920, England: 1928, Spanien: 1931, Frankreich: 1944, Griechenland: 1952, Schweiz: 1971).

Die Berliner illustrierte Zeitschrift "Gartenlaube" veröffentlicht im Jahre 1876 folgenden anti-semitischen Artikel (x261/156): >>Nicht länger dürfen falsche Toleranz und Sentimentalität, leidige Schwäche und Furcht uns Christen abhalten, gegen die Auswüchse, Ausschreitungen und Anmaßungen der Judenschaft vorzugehen.

Nicht länger dürfen wir's dulden, daß die Juden sich überall in den Vordergrund, an die Spitze drängen, überall die Führung, das große Wort an sich reißen.

Sie schieben uns Christen stets beiseite, sie drücken uns an die Wand, sie nehmen uns die Luft und den Atem. Sie führen tatsächlich die Herrschaft über uns; sie besitzen eine gefährliche Übermacht, und sie üben einen höchst unheilvollen Einfluß.

Seit vielen Jahrhunderten ist es wieder zum ersten Mal, daß ein fremder, an Zahl so kleiner Stamm die große eigentliche Nation beherrscht.

Die ganze Weltgeschichte kennt kein zweites Beispiel, daß ein heimatloses Volk, eine physisch wie psychisch entschieden degenerierte Rasse bloß durch List und Schlauheit, durch Wucher und Schacher über den Erdkreis gebietet.

Von den Juden können wir lernen. Vom getauften Minister bis zum polnischen Schnorrer bilden sie eine einzige Kette, machen sie, festgeschlossen, bei jeder Gelegenheit Front gegen die Christen.<<

Der deutsche Liedersammler, Dichter und Sänger Franz Wilhelm Freiherr von Dittfurth (1801-1880) veröffentlicht im Jahre 1876 das sozialkritische Lied "Wer jetzig Zeiten leben will" (x846/...):

>>Wer jetzig Zeiten leben will,

Muß hab'n ein tapfer's Herze,

Es sein der argen Feind so viel,

Bereiten ihm groß Schmerze.

Da heißt es steh'n ganz unverzagt

In seiner blanken Wehre,

Daß sich der Feind nicht an uns wagt,

Es geht um Gut und Ehre.

Geld nur regiert die ganze Welt,

Dazu verhilft betrügen;  
Wer sich sonst noch so redlich hält,  
Muß doch bald unterliegen,  
Rechtschaffen hin, rechtschaffen her,  
Das sind nur alte Geigen:  
Betrug, Gewalt und List vielmehr,  
Klag du, man wird dir's zeigen.

Doch wie's auch kommt, das arge Spiel,  
Behalt ein tapfer's Herze,  
Und sind der Feind auch noch so viel,  
Verzage nicht im Schmerze.  
Steh gottgetreulich, unverzagt,  
In deiner blanken Wehre:  
Wenn sich der Feind auch an uns wagt,  
Es geht um Gut und Ehre!<<

**Rußland:** Der russische General Tschernajew fordert im Jahre 1876 die Völker des Balkans auf, sich für die Vereinigung aller Slawen einzusetzen (x233/124): >>... Wir kämpfen für die heilige Idee des Slawentums, die nicht Herrschsucht, sondern die Idee der Gleichberechtigung des Menschengeschlechts in sich schließt.<<

**Bulgarien:** Im Jahre 1876 erfolgt ein Aufstand der Bulgaren gegen die türkisch-islamische Unterdrückung, den die Türken jedoch blutig niederschlagen. Der bulgarische Freiheitskampf kostet über 30.000 Todesopfer.

**Osmanisches Reich:** Abdul Hamid II. (1842-1918) wird im Jahre 1876 Sultan und beendet den türkischen Reformkurs.

Der Sultan zerstört damit die letzte Hoffnung, das brüchige Osmanische Großreich zu retten. Als Abdul "der Verdammte" die Reformer systematisch inhaftieren läßt, fliehen Tausende ins Exil (vorwiegend nach Paris).

Im Osmanischen Reich wird zwar im Jahre 1876 die Sklaverei abgeschafft, aber im selben Jahr werden Zehntausende von Armeniern (je nach Schätzung zwischen 40.000 bis 300.000 Armenier) in der Türkei massakriert (x075/61).

**Spanien:** Der Sieg gegen die "Karlisten" im Jahre 1876 ermöglicht eine längere Friedenszeit und stabile politische Verhältnisse. Die politischen Parteien der Liberalen und Konservativen erlassen 1876 eine neue Verfassung, in der u.a. die Vereins- und Pressefreiheit garantiert wird.

**Belgien:** König Leopold II. von Belgien (1865-1909) berichtet im Jahre 1876 über die belgischen Kolonien in Afrika (x237/211): >>Den einzigen Teil unseres Erdballs für die Zivilisation öffnen, wo sie noch kaum hingedrungen ist; die Finsternis durchstoßen, die ganze Völker umhüllen: das ist ... ein würdiger Kreuzzug für unser Jahrhundert des Fortschritts. ...<<

**Großbritannien:** Im Jahre 1876 wird in Großbritannien die Schulpflicht für alle Kinder eingeführt.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1876-1879 (x807/829-832): >>(Großbritannien) ... Am Beginn der am 8. Februar 1876 eröffneten Parlamentssession wurde weder der Anschluß der Regierung an die ... Reformen in der Türkei noch der Ankauf der Suezkanalaktien energisch bekämpft ...

Um so heftigere Debatten rief die von Disraeli am 17. Februar eingebrachte Bill hervor, durch welche die Königin ermächtigt wurde, mit Bezug auf die seit 1858 in die Herrschaft der Krone übergegangenen Besitzungen der Ostindischen Kompanie eine ihr passend erscheinende Erweiterung ihres Titels anzuordnen.

Jedermann wußte, obgleich dies erst am 9. März offiziell zugegeben wurde, daß der in Aus-

sicht genommene neue Titel der einer Kaiserin von Indien sei. Im Land war der neue Titel wenig populär; in der Presse wie im Parlament wurde betont, daß England unter dem historischen Königtum groß geworden sei und keine Veränderung desselben wolle.

Nachdem Disraeli diesen Einwendungen gegenüber versprochen hatte, die Königin werde den Kaisertitel unter keinen Umständen in England selbst oder in englischen Angelegenheiten führen, wurde das Gesetz am 23. März in dritter Lesung mit 209 gegen 134 Stimmen angenommen, und am 1. Mai erfolgte in England die Proklamation des neuen Titels. In Indien wurde der neue Titel unter glänzenden Feierlichkeiten erst am 1. Januar 1877 verkündet.

Die wichtigste Maßregel auf dem Gebiet der inneren Gesetzgebung war die von Lord Sandon am 18. Mai eingebrachte Erziehungsbill, welche den Schulzwang in einer den Ansprüchen der liberalen Partei freilich nicht genügenden Weise erweiterte.

Erst in der zweiten Hälfte der Session traten die orientalischen Angelegenheiten in den Vordergrund. Im Mai hatten die Kanzler der drei Kaisermächte in Berlin ein Memorandum entworfen, welches die Pforte zwingen wollte, bestimmte Garantien für die Erfüllung ihrer den Christen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zu geben. Frankreich und Italien willigten ein, diese Vorschläge zu unterstützen; Großbritannien aber lehnte aufs entschiedenste jede Mitwirkung zu dieser Maßregel ab.

Damit trat die orientalische Politik Englands zu der der Kaisermächte in den entschiedensten Gegensatz; sie schien einen Triumph zu feiern, als am 30. Mai durch einen aller Wahrscheinlichkeit nach von dem englischen Botschafter Sir H. Elliot in Konstantinopel unterstützten Aufstand der russischen Einflüssen zugängliche Sultan Abd ul Asis gestürzt und Murad V. auf den Thron erhoben wurde, unter welchem Midhat Pascha und der englische Botschafter zu maßgebendem Einfluß gelangten, während die englische Flotte in der Besikabai zu Gunsten der Pforte gegen die Kaisermächte demonstrierte.

Weder durch die Aufregung, welche in Großbritannien durch die Berichte über die von den Türken bei der Unterdrückung des bulgarischen Aufstandes verübten Greuel entstand, noch durch den am 1. Juli erfolgten Ausbruch des Krieges, den Serbien und Montenegro mit Beihilfe Rußlands gegen die Türkei führten, ließ sich Disraeli in seiner orientalischen Politik irre machen, die trotz ... Leugnens doch einer wenigstens moralischen Unterstützung der Türkei gleichkam. ...

Die Parlamentssession von 1877 wurde am 8. Februar eröffnet. Abgesehen von den mit der Orientfrage zusammenhängenden Debatten, war sie trotz ihrer langen Dauer außerordentlich unfruchtbar. Teilweise waren daran die ungemein zeitraubenden Bemühungen mehrerer irischer Abgeordneten, der sogenannten Obstruktionisten, schuld, welche ... anstrebten, die Debatten in die Länge zu ziehen und die Erledigung der Geschäfte systematisch zu hintertreiben. Nur ein wichtiges Gesetz für Irland, durch welches die irische Gerichtsverfassung mit der englischen in Übereinstimmung gebracht wurde, kam zustande; der jährlich wiederkehrende Home-rule-Antrag wurde mit 417 gegen 67 Stimmen abgelehnt.

Was England betrifft, so gingen ein Universitätsgesetz, welches Reformen in der veralteten Verfassung der Universitäten Oxford und Cambridge einführte, und ein Gesetz über die Reorganisation des Gefängniswesens durch.

Für die koloniale Politik Englands waren die auch das Parlament lebhaft beschäftigenden Vorgänge in Südafrika von großer Bedeutung. Hier wurde im April 1877 durch einen Akt von höchst zweifelhafter Rechtmäßigkeit, nämlich die Annexion der Transvaal-Republik, das britische Kolonialgebiet in Afrika bedeutend erweitert.

Vergebens bekämpften einige radikale Mitglieder des Unterhauses das Vorgehen der Regierung des Kaplandes, das Ministerium erklärte im Sommer 1877 die Annexion für unwiderruflich. So bemächtigte sich Großbritannien ohne einen Schatten von Recht und gegen den Willen der Bevölkerung eines Gebietes von etwa 300.000 qkm mit ca. 275.000 Einwohnern - in

demselben Augenblick, in welchem seine Regierung und seine Presse aufs heftigste gegen den "eigennützig" und "räuberischen" Angriff Rußlands auf die Türkei deklamierten.

Denn die russisch-türkischen Angelegenheiten nahmen doch vorzugsweise die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch. Nach dem Scheitern der Konferenzen von Konstantinopel (im Winter 1876/77) waren die Verhandlungen der Großmächte noch eine Zeitlang fortgesetzt worden, bis nach Ablehnung des am 31. März von den sechs Großmächten unterzeichneten Londoner Protokolls seitens der Türkei am 24. April die russische Kriegserklärung erfolgte.

England erklärte zwar seine Neutralität, aber Lord Derby bezeichnete das Vorgehen Rußlands in einer Note vom 1. Mai als eine Verletzung der Verträge von 1871 und gab seiner formellen Mißbilligung der russischen Aktion Ausdruck. ...

Als im Spätjahr 1877 die russischen Waffen nach dem Fall von Kars und Plewna das entschiedene Übergewicht erlangten und die Pforte die Vermittlung der Großmächte nachsuchte, entschloß sich das englische Kabinett, das Parlament schon zu dem ungewöhnlich frühen Termin des 17. Januar 1878 einzuberufen.

Die Thronrede kündigte an, daß die Regierung so lange neutral bleiben werde, als die britischen Interessen nicht gefährdet seien, bereitete aber schon auf außerordentliche Geldforderungen vor. In der Tat verlangte die Regierung noch im Lauf des Januars einen Kredit von 6 Millionen Pfund Sterling für außerordentliche Rüstungen ...

Die Kreditforderung wurde im Unterhaus nach lebhaften, langwierigen Debatten am 8. Februar mit 328 gegen 124 Stimmen genehmigt, und am 13. Februar segelte die englische Flotte unter Admiral Hornby aus der Besikabai durch die Dardanellen und legte sich bei den Prinzeninseln vor Anker. So waren die Streitkräfte der beiden gegnerischen Mächte fast in unmittelbare Nähe gekommen; der kleinste Zwischenfall konnte den Krieg entzünden.

In den nächsten Wochen gingen zwei Strömungen nebeneinander her. Die Friedenshoffnungen knüpften sich an die von Österreich am 4. Februar erlassenen Einladungen zu einer Konferenz der Großmächte, die Kriegsbesorgungen an die immer fieberhafter betriebenen Rüstungen Rußlands und Englands.

Hier waren schon die Kommandos für die zu entsendende Feldarmee bestimmt, und nachdem die exorbitanten Bedingungen des am 3. März geschlossenen Friedens von San Stefano bekannt geworden waren, schien die Kriegspartei die Oberhand behalten zu sollen, was sich deutlich aussprach, als Ende März Lord Derby sein Entlassungsgesuch wiederholte, diesmal, um daran festzuhalten. ...

Zu Anfang April wurden die englischen Reserven einberufen; die darüber erlassene königliche Botschaft gab die Veranlassung zu der zweiten großen Orientdebatte dieser Session, welche wiederum mit einem entschiedenen Sieg der Regierung endigte, und während der Osterferien des Parlaments beorderte die Regierung 6.000 Mann (der) indischen Truppen nach Europa, die vorläufig auf Malta ein Lager bezogen. ...

Gerade in diesen Tagen aber vollzog sich durch die Bemühungen des Fürsten Bismarck und des Grafen Schuwalow, des russischen Gesandten in London, ein Umschwung im friedlichen Sinn. Am 30. Mai wurde von Salisbury und Schuwalow ein Protokoll unterzeichnet, durch welches Rußland namentlich in Bezug auf die Ausdehnung des durch den Frieden von San Stefano geschaffenen Fürstentums Bulgariens sowie in Bezug auf seine eigenen Erwerbungen in Asien den Engländern wesentliche Konzessionen machte.

Auf Grund dessen trat am 13. Juni der Berliner Kongreß zusammen; ... der hier vereinbarte Berliner Friede vom 13. Juli reduzierte die von Rußland im Vertrag von San Stefano erhobenen Ansprüche in sehr beträchtlicher Weise.

Während des Kongresses erfuhr die Welt noch eine andere Überraschung: am 4. Juni schon hatten England und die Türkei zu Konstantinopel einen Vertrag abgeschlossen, durch welchen die Insel Cypern an Großbritannien abgetreten wurde, wogegen dieses die Garantie der dem

Sultan verbleibenden Besitzungen in Asien übernahm, über deren Verwaltung es eine Art von Kontrollrecht zugesprochen erhielt.

So ernste Bedenken die dadurch übernommenen Verpflichtungen bei weiter sehenden Politikern hervorrufen mochten, in England reichte die Erwerbung Cyperns, welches alsbald von britischen Truppen unter Sir G. Wolseley besetzt wurde, aus, um einen allgemeinen Enthusiasmus über Beaconsfields Politik hervorzurufen, deren Erfolge, verglichen mit den geringfügigen Ergebnissen der auswärtigen Politik seiner liberalen Vorgänger, in der Tat glänzend genannt werden konnten. ...

Die Spannung mit Rußland hatte noch ein Nachspiel in dem Konflikt mit dem Emir von Afghanistan, der, durch eine russische Gesandtschaft im Juli 1878 aufgereizt, eine große englische Gesandtschaft unter Sir Neville Chamberlain im September an seiner Grenze zurückweisen ließ.

In England wie in Indien empfand man, daß es zur Aufrechterhaltung des britischen Ansehens in Ostasien erforderlich sei, diese Beleidigung zu bestrafen. In Indien wurden sofort umfassende Rüstungen und Vorbereitungen getroffen; eine Armee von etwa 35.000 Mann, darunter 12.000 Europäer, wurde an der afghanischen Grenze zusammengezogen; am 21. November begannen, nachdem der Emir ein englisches Ultimatum abgelehnt hatte, die militärischen Operationen, deren erste Erfolge überraschend günstig waren.

Die Peschawar-Armee unter Sir S. Browne nahm Ali Masdschid, marschierte ohne große Verluste durch den Chaiberpaß auf Dschelalabad, und auch General Roberts, welcher an der Spitze der Khuram-Armee auf den Peiwarpaß zu operierte, hatte ähnliche Siege zu verzeichnen. Am 20. Dezember zog General Browne ohne Widerstand in Dschelalabad ein; am 2. Januar 1879 begann die Khuram-Armee ihren Vormarsch auf Khost; am 10. Januar zog eine dritte Kolonne unter den Generalen Stewart und Biddulph in Kandahar ein.

Schir Ali war inzwischen, da die erwartete russische Hilfe ausblieb, von Kabul nach der russischen Grenze geflohen. Vor seiner Flucht hatte er seinen seit 1874 gefangen gehaltenen Sohn Jakub Chan der Haft entledigt, und dieser übernahm vorläufig die Zügel der Regierung in Kabul.

Dieser glückliche Fortgang des Krieges war um so erfreulicher für die Regierung, als schon gegen Ende 1878 neue Verwickelungen in Südafrika entstanden waren. Sir Bartle Frere, den die Regierung nach der Annexion von Transvaal zum Gouverneur aller afrikanischen Besitzungen ernannt hatte, hatte zunächst im Sommer 1878 einige Transvaal benachbarte Kaffernstämme unterworfen. Gegen Ende des Jahres geriet er aber in einen Konflikt mit Cetewayo, dem König der Zulu, dessen 50-60.000 Mann starkes, militärisch gedrilltes und nicht schlecht bewaffnetes Heer allerdings eine beständige Drohung für die Provinzen Natal und Transvaal war.

Frere verlangte im Dezember 1878 eigenmächtigerweise von Cetewayo eine Reduktion seines Heeres und die Aufnahme eines ständigen britischen Residenten, und als dieses Verlangen abgelehnt wurde, begannen am 12. Januar 1879 die Feindseligkeiten. Der militärische Verlauf dieses Krieges kontrastierte gewaltig gegen den mit Afghanistan, woran allerdings die Unfähigkeit des Oberfeldherrn Lord Chelmsford die Hauptschuld trug.

Am 21. Januar erlitt die Kolonne des Obersten Glynn bei Isandula am Tugela-Fluß eine entsetzliche Niederlage, bei der mehr als 60 Offiziere und 700 europäische Soldaten von den Zulu niedergemacht wurden; eine andere Kolonne, die des Obersten Pearson, sah ihre Rückzugslinie abgeschnitten und wurde in Ekowe von den Zulu eingeschlossen.

Die Nachricht von diesen Unglücksfällen bot in dem am 13. Februar 1879 wieder eröffneten Parlament der Opposition günstige Gelegenheit zu neuen Angriffen gegen die Regierung. Die Lage derselben war aber auch sonst eine schwierige. Unter den Folgen der allgemeinen Geschäftskrise begann mehr und mehr auch Großbritannien zu leiden; die ländliche Bevölkerung

und die der Zentren der Industrie litten in gleicher Weise Not; die Zahl der Almosenempfänger mehrte sich in erschreckender Weise.

Durch Arbeitseinstellungen gewaltigsten Umfangs (so z.B. einen Streik von mehr als 10.000 Arbeitern in Liverpool im Februar 1879) suchten die bedrängten Klassen ihre Lage zu verbessern, während sie in Wahrheit nur ihren Notstand mehrten.

Die Finanzlage des Staates war keine gute. Mit genauer Not hatte die Regierung im Vorjahr die Kosten der außerordentlichen Rüstungen gegen Rußland durch Aufnahme einer schwebenden Schuld aufgebracht, und jetzt standen durch den Zulukrieg neue Ausgaben in ungeahnter Höhe bevor, die von dem Mutterland getragen werden mußten.

Zu dem allen kam weiter eine neue Verwicklung nach außen in Ägypten, dessen Khedive (Herrscher) zwei europäische Minister, die er 1878 auf das Drängen der Großmächte angestellt hatte, den Engländer Rivers Wilson und den Franzosen de Blignières, 7. April 1879 in brüsker Weise entließ.

Endlich war auch die orientalische Frage in Europa keineswegs völlig gelöst: noch war der Separatfriede zwischen Rußland und der Pforte abzuschließen, waren die Verhältnisse Ostrumeliens zu regeln, Grenzstreitigkeiten zwischen Rußland und Rumänien zu schlichten, mußten endlich die Bestimmungen des Berliner Vertrages über eine Verschiebung der griechischen Grenze ihrer Ausführung entgegengebracht werden.

Ein Teil dieser Fragen erledigte sich nun schon während der ersten Woche der Session in günstiger Weise. Hinsichtlich der europäischen Orientangelegenheiten gelang es den Bemühungen des Grafen Schuwalow und des Lords Dufferin, des englischen Botschafters in Petersburg, ein ziemlich befriedigendes Einvernehmen zwischen Großbritannien und Rußland herzustellen, so daß der definitive Friede mit der Türkei geschlossen und die rumänische Grenzfrage erledigt werden konnte; auch über die Ernennung Aleko Paschas zum Gouverneur von Ostrumelien und die Wahl des Prinzen von Battenberg zum Fürsten von Bulgarien einigten sich beide Mächte.

Aus Afghanistan kam Ende Februar die Kunde von dem Tod Schir Alis; infolgedessen wurde im Mai mit Jakub Chan der Friede geschlossen. Der Emir trat alle Gebirgsdistrikte an der indisch-afghanischen Grenze mit ihren Pässen an Großbritannien ab und verstand sich gegen eine jährliche Subsidienzahlung dazu, einen britischen Residenten in seine Hauptstadt aufzunehmen und diesem eine Kontrolle über seine auswärtige Politik einzuräumen.

In Ägypten erfolgte, nachdem Deutschland mit Intervention gedroht hatte, im Juli auf Antrag Englands und Frankreichs seitens des Sultans die Absetzung des Khedive, dem sein Sohn Tewfik folgte.

In Südafrika endlich brach am 28. März Lord Chelmsford zum Entsatz des Obersten Pearson auf, der am 2. April nach einem großen Sieg über die Zulu bewirkt wurde. Dann übernahm im Juli Sir G. Wolseley an Chelmsfords Stelle den Oberbefehl. Der von ihm angeordnete Vormarsch hatte den besten Erfolg; am 3. Juli erfocht die Angriffskolonnen, die Chelmsford zu kommandieren fortfuhr, einen vollständigen Sieg über Cetewayo.

Währenddessen hatte die treue Torymajorität auch im Parlament alle Angriffe gegen das Ministerium abgeschlagen. Die Tadelsvoten, welche die Opposition wegen des afrikanischen Krieges beantragte, wurden im Oberhaus mit 156 gegen 61, im Unterhaus am 31. März mit 306 gegen 246 Stimmen abgelehnt, und auch die Finanzmaßregeln der Regierung wurden am 28. April gebilligt.

Im übrigen beschäftigte sich das Parlament hauptsächlich mit einer von den Katholiken eingebrachten irischen Universitätsbill, welche aus den Mitteln der abgeschafften Staatskirche von Irland eine neue Universität in Dublin errichten wollte, und mit der Revision des Militärstrafgesetzbuches. Das letztere ... gab diesmal zu besonders lebhaften Debatten Veranlassung, weil die Regierung darin eine Kodifikation des in etwa 200 zum Teil ganz veralteten Statuten ent-

haltenen Militärstrafrechts vorzunehmen wünschte. Die liberale Opposition wünschte bei dieser Gelegenheit die in der englischen Armee und Marine noch in Übung stehende Strafe der körperlichen Züchtigung zu beseitigen oder doch wenigstens zu beschränken.

Allein die Regierung wollte auf die neunschwänzige Katze nicht verzichten, und in demselben Parlament, wo man so oft über russische und türkische Barbarei deklamiert hatte, wurde der Antrag Lord Hartingtons auf Abschaffung der Prügelstrafe in Heer und Flotte mit einer Majorität von 106 Stimmen verworfen (17. Juli). Am 15. August wurde die Parlamentssession geschlossen.

Der Zulukrieg wurde bald nachher völlig beendet. Cetewayo wurde am 30. August gefangen genommen und nach der Kapstadt abgeführt. Das Zululand, in mehrere Bezirke unter selbständigen Häuptlingen geteilt, kam unter britische Botmäßigkeit.

Um so ungünstiger entwickelten sich die Dinge in Afghanistan. ... Am 3. September kam es hier zu einem furchtbaren Aufstand gegen die britische Gesandtschaft, Cavagnari und seine Begleiter wurden nach tapferstem Widerstand ermordet. So hatte sich die Katastrophe von 1841 wiederholt. Ein neuer Zug gegen Afghanistan war notwendig. Nach Überwindung großer Schwierigkeiten gelang es dem General Roberts, die völlig desorganisierten Rebellen vor sich herzutreiben; am 11. Oktober hielt er seinen Einzug in Kabul. Jakub Chan, dessen Verhalten während der Empörung zweideutig war, hatte sich zur englischen Armee geflüchtet und verzichtete auf den Thron.

Inzwischen traten im Inneren des Landes Symptome einer stärker werdenden Opposition hervor, die, (in) ihrer Zeit unterschätzt, erst im Zusammenhang der folgenden Ereignisse die richtige Würdigung fanden. In Irland, wo die Kartoffelernte ... mißraten war, bereitete sich ein gefährlicher Notstand aus, der durch die Agitation der Home-rule-Partei ausgebeutet wurde. Die Bewegung zielte auf eine Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse des irischen Grundbesitzes ab, in zahlreichen Volksversammlungen wurde die "Landfrage" in stärkster Sprache erörtert. Bald wurde eine irische Landliga gegründet, und hier und da ließ sich die aufgeregte Menge zu agrarischen Morden hinreißen.

Die Regierung meinte einschreiten zu müssen, sie ließ am 19. November drei der tätigsten Agitatoren verhaften; aber die Agitation, an deren Spitze das Parlamentsmitglied Parnell getreten war, dauerte nichtsdestoweniger fort.

Gleichzeitig hatten die Führer der Opposition in England und Schottland einen Feldzug gegen die auswärtige Politik der Regierung begonnen. Zunächst freilich gab die Lage der auswärtigen Angelegenheiten der Opposition keineswegs recht. ... In Südafrika wurde der letzte feindliche Häuptling, Sekokoeni, der mit den Zulu in Verbindung gestanden hatte, von Sir Garnet Wolseley am 2. Dezember gefangen genommen. In Afghanistan war zwar Anfang Dezember ein neuer Aufstand verschiedener Stämme ausgebrochen; aber am 23. errangen die Engländer bei Sherpur einen entscheidenden Sieg über die Insurgenten und stellten ihre Autorität im Land wieder völlig her. ...<<

**USA:** Bei der Schlacht am Little Bighorn River in Südmontana erringen die nordamerikanischen Präriestämme, unter Führung der Häuptlinge Crazy Horse (um 1839-1877) und Sitting Bull (um 1831-1890), im Jahre 1876 ihren letzten großen Sieg. Die 7. US-Kavallerie (260 Soldaten) wird von ca. 2.000 Kriegerern der Sioux, Arapaho und Cheyenne umzingelt und bis zum letzten Mann niedergemetzelt. Bei diesem Kampf fällt auch der karrieresüchtige Oberst Georg A. Custer (1839-1876, ein berühmter "Indianerschlächter").

Nach dieser vernichtenden Niederlage erklärt die US-Regierung den Vertrag von Fort Laramie (1868) für ungültig und läßt die siegreichen Ureinwohner gnadenlos verfolgen.

Während der Weltausstellung in Philadelphia im Jahre 1876 werden die meisten deutschen Industrieprodukte von mißgünstigen ausländischen Konkurrenten als "billig und schlecht" bezeichnet (x233/104).